

Wien, am Freitag, den 9. Juli 1926. Zweite Ausgabe

Änderungen im Strassenbahnverkehr am Sonntag. Aus Anlass des Festzuges im Rahmen des Arbeiter-Turn- und Sportfestes am Sonntag wird der Strassenbahnverkehr über den Ring zwischen Schottentor und Aspernplatz abgelenkt. Die Züge der Linie A, B, Ak und Bk werden vom Schottenring über die Linie 2 zum Praterstern geführt. Die gleiche Linienänderung gilt auch für die entgegengesetzte Fahrtrichtung. Die Linien F, H und J werden nur bis zum Ring, die Linien N und Nk nur bis zum Kai geführt. Die Linie O wird einerseits vom Hochstädtplatz bis zur Schwedenbrücke, andererseits von Favoriten bis zur Radetzkystrasse geleitet. Die übrigen Strassenbahnlinien werden den Verkehrsverhältnissen entsprechend auf Gleisschleifen oder Stockgleisen vor dem Ring umgekehrt. Die Linie 18G wird ganz eingestellt. Als Ersatz für diese Linie wird auf der elektrischen Stadtbahn die Linie G zwischen Hütteldorf und Heiligenstadt über den Gürtel verkehren.

Wiener Gemeinderat

Sitzung vom 9. Juli 1926

Der Gemeinderat hielt um fünf Uhr nachmittags eine kurze Sitzung als Landtag ab, in der nach einem Referat des Gemeinderates Eisinger beschlossen wurde, dem Verlangen des Bezirksgerichtes I nach Auslieferung des Gemeinderates Dr. Plaschkes stattzugeben. Es handelt sich um die gerichtliche Austragung einer Ehrenbeleidigungsache. Der Referent betont, dass kein politische Motiv vorliegt, weshalb das Immunitätskollegium die Auslieferung beantragt.

Bürgermeister Seitz eröffnet dann die Sitzung des Gemeinderates.

Die christlichsozialen Gemeinderäte Untermüller und Genossen haben folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Im Laufe der Wahlbewegung zu den vor kurzem stattgefundenen Wahlen in die Kammer für Arbeiter und Angestellte hat der Gehilfenausschuss des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft eine Flugschrift erlassen, in der zur Wahl der sogenannten freigewerkschaftlichen Liste aufgefördert wurde. Diese Handlung des Gehilfenausschusses stellt sich als eine Parteinahme zu Gunsten einer wahlwerbenden Partei dar, bedeutet sohin eine flagrante Verletzung der dem Gehilfenausschuss als öffentlich rechtliche Institution obliegenden Neutralitätspflicht und ist eine schamlose Vergewandlung der Gelder aller Gehilfen zu Gunsten der sozialdemokratischen Partei. Dieses unerhörte Vorgehen des Gehilfenausschusses hat in den Kreisen der umlagepflichtigen Mitglieder lebhafteste Enttäuschung ausgelöst und vielfach wurde dem Erstaunen darüber Ausdruck gegeben, dass die Aufsichtsbehörde gegen diesen Unfug noch nicht eingeschritten ist.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschliessen:

Der Herr Bürgermeister als Chef des Magistrates wird aufgefordert

- 1.) schleunigst eine Untersuchung darüber zu veranlassen, in welcher Höhe Gehilfenumlagegelder für die Wahlpropaganda der freigewerkschaftlichen Liste verwendet wurden;
- 2.) die verantwortlichen Funktionäre zur sofortigen Rückerstattung der für Wahlzwecke verausgabten Beträge zu verhalten;
- 3.) Massnahmen zu treffen, um die Schuldtragenden zur Verantwortung zu ziehen und ein ähnliches Vorgehen für die Zukunft unmöglich zu machen;
- 4.) dem Gemeinderate über das Ergebnis der Untersuchung einen Bericht vorzulegen.

Der Antrag wird zum Schluss der Sitzung verhandelt werden.

Ohne Referat wird dem Ankauf von Grundstücken auf der Landstrasse zugestimmt. Ferner wird die Errichtung des Floridsdorfer Mark-

tes in der Pitkagasse genehmigt. Auf Antrag des Stadtrates Professor Dr. Tandler wird die Zahl der bisher errichteten neunzig Stipendien für Hochschüler und neunzig Stipendien für Mittelschüler um je 25 vermehrt. Der Jahresbetrag der neuen Stipendien für Hochschüler wird von 300 auf 420 Schilling und für Mittelschüler von 180 auf 300 Schilling erhöht. Die Anträge des Gemeinderates Thaller auf Gewährung einer Subvention von fünftausend Schilling für die Gesellschaft der Musikfreunde und von zweihundert Schilling für die österreichische Exlibris-Gesellschaft werden genehmigt. Angenommen wird weiters der Antrag auf Uebernahme des Kreisler-Heimes durch die Gemeinde Wien und zugleich ein Betrag von 48.000 Schilling für die Betriebsführung bewilligt. Die Vorlagen der Strassenbahndirektion betreffend Ergänzungen und Abänderungen an den Stadtbahnanlagen werden genehmigt und ein Kredit von 300 Schilling gewährt. Auch der Antrag auf Verlängerung der Ausweiche Buchbergergasse in der Pragerstrasse, sowie die Verlängerung des zweigeleisigen Stückes der Endstation Strebersdorf der Strassenbahn wird genehmigt und hierfür ein Aufwand von 64.000 Schilling bewilligt. Schliesslich werden noch Zuschusskredite für den Betrieb Wasserversorgung, für den Ausbau der Unterstation Floridsdorf der Elektrizitätswerke, für Arzneien und Bäder und für die Herstellung von Gashauptrohrleitungen bewilligt. V. B. Emmerling legt den Antrag auf Anschaffung von dreissig Stadtbahntriebwagen und 40 Beiwagen, sowie dreissig Stadtbahntriebwagen und den Bau einer Wagenhalle im Michelbeuern vor. Der Kostenaufwand beträgt für die hundert Wagen 5'7 Millionen Schilling für die Wagenhalle 2'2 Millionen Schilling. Da sich die Fertigstellung der Wagenhalle und der Wagen bis in das nächste Jahr hinzieht, müssen für dieses Jahr nur 3'3 Millionen Schilling angesprochen werden. Diese Summe ist durch einen entsprechenden Bankkredit zu decken. Der Referent begründet den Antrag mit der ausserordentlichen Steigerung der Frequenz auf der Stadtbahn und Strassenbahn die auch eine möglichst rasche Vermehrung des Fahrbetriebsmittel erfordert.

G. R. Schelz (Chr. soz.) erinnert daran, dass anlässlich der Budgetberatung die Anschaffung von 150 Triebwagen versprochen worden sei, um der notorischen Ueberfüllung der Strassenbahnwagen abzuhelfen. Nach dem Referentenantrage sollen aber nur 30 Triebwagen für die Strassenbahn angeschafft und die Stadtbahn auf Kosten der Strassenbahn gleich 70 Wagen erhalten. Das sei unerhört. Die Errichtung einer Remise im Michelbeuern bezeichnet Redner als unzweckmässig, weil dieser höchstgelegene Punkt der Stadtbahn Sicherheitsvorkehrungen erfordert, um das Entlaufen der Wagen nach Heiligenstadt zu verhüten. Bald nach der Eröffnung des Stadtbahnverkehrs ist es vorgekommen, dass ein Maschinenwagen auf der abschüssigen Strecke nach Heiligenstadt durchging und dort ganz zertrümmert angekommen ist. Damals sei die Strecke noch nicht in Betrieb gewesen, wenn das aber heute passiere könne das grösste Unglück geschehen. Redner protestiert gegen die Verschlechterung des Verkehrs von Heiligenstadt zum Ostbahnhof und tritt dafür ein, dass bei Michelbeuern eine Ueberleitung der Strassenbahnwagen aus der Kreuzgasse auf die Stadtbahn erfolge. Die Wagenhalle möge nicht in Michelbeuern sondern anderswo gebaut werden.

Der Referent entgegnet in seinem Schlussworte, er habe schon in der Budgetdebatte ausdrücklich erklärt, dass das Bauprogramm sich auf zwei Jahre erstrecke. Es sei auch gar nicht möglich, die Herstellung der Wagen in so kurzer Zeit durchzuführen. Der Referent gibt seinem Erstaunen darüber Ausdruck, dass Gemeinderat Schelz für diese Angelegenheit ein offensichtlich geringes Verständnis bekundete, was man bei ihm sonst nicht wahrnehme. Für die geplante Wagenhalle sei Michelbeuern der einzig geeignete Platz, denn er liege hart an der Stadtbahnstrecke und von hier aus könne im Bedarfsfalle sofort <sup>die</sup> verfügbare Reserve in Verkehr gesetzt



werden. Die Drosselung der Linie 18G sei notwendig, weil auf Grund der bisherigen Erfahrungen die Frequenz der Züge in der Haltestelle Nussdorferstrasse bis Heiligenstadt um ein Drittel nachlasse, man könne die Wagen nicht spazieren führen. Auch das Teilstück Brigittabrücke Heiligenstadt sei schwach frequentiert, desgleichen ergäbe sich von Hietzing bis Hütteldorf ein rapides Nachlassen der Frequenz. Hingegen mache sich ein Ansteigen der Frequenz auf der Gürtellinie immer mehr bemerkbar und infolgedessen müsse der Verkehr verstärkt werden.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

V.B. Emmerling beantragt die Errichtung einer Zweigstelle der städtischen Leichenbestattung in Liesing mit dem Gesamtaufwand von 15.000 Schilling.

G.R. Erban (Chr. soz.) hält es für notwendig die Führung und Verwaltung der Leichenbestattungsunternehmung mehr nach kaufmännischen Grundsätzen einzurichten und nicht, wie es jetzt geschieht, rein fiskalisch zu verfahren. Er wünscht in einem Zusatzantrag den bezüglichen Pachtvertrag vor der endgültigen Genehmigung dem entsprechenden Fachausschuss vorzulegen.

Der Referent entgegnet, dass Liesing zum Wohn- und Industriegebiet Wiens gehöre und eine Zweigstelle der Leichenbestattung infolgedessen gerechtfertigt sei.

Der Referentenantrag wird mit dem Zusatzantrag Erban angenommen.

St. R. Weber berichtet über zwei Anträge auf Abschluss von Bestandverträgen für die Dauer von dreissig Jahren mit der Siedlungsgenossenschaft "Aus eigener Kraft" bezüglich der Gemeindefriedung Kagran und der Siedlungen Hermesstrasse und Weissenböckstrasse.

G.R. Ullreich (Chr. soz.) bestreitet eine im Nationalrat vorgebrachte Behauptung der Sozialdemokraten, dass der Opposition im Rathause mehr Einfluss als im Parlamente eingeräumt und sie mehr zur Mitarbeit zugelassen werde. Die Opposition im Rathause könne nicht mitarbeiten, weil man ihre Anträge regelmässig ablehne.

Der Redner verweist schliesslich darauf, dass im Gemeinderatsausschuss seine Anträge auf Verlängerung der Räumungsfrist bei den Siedlungshäusern ebenfalls abgelehnt wurden, woraus hervorgehe, wie wenig Wert auf die Mitarbeit der Minderheit gelegt werde. Bei dem Abschluss von Bestandverträgen werde keineswegs einheitlich vorgegangen, sondern es werden diese Verträge teilweise mit den Genossenschaften, teilweise mit den Hausinhabern abgeschlossen.

St. R. Weber erwidert, dass diese Bestandverträge einvernehmlich mit den Siedlungsgenossenschaften abgeschlossen worden sind. Manchmal sei eine einheitliche Behandlung nicht möglich, weil nicht immer die verlangte Arbeitsleistung der Siedler vorhanden ist.

Die Vorlage wird angenommen.

G.R. Kohl (soz. dem.) beantragt, dass eine Grundfläche in der Dietrichgasse von der Strassenbahn um den Preis von 25.200 Schilling rückgekauft werden soll. Die Grundstücke wurden im Jahre 1914 von den Strassenbahnen der Gemeinde abgekauft und sollten zur Errichtung von Wohnhäusern für die Bediensteten verwendet werden. Dies ist aber nicht geschehen, weshalb die Gemeinde selbst dort baut.

G.R. Haider (Chr. soz.) erklärt, dass diese Vorlage eine Rücksichtslosigkeit der Gemeindeverwaltung auf sozialpolitischem Gebiet sei. Die Strassenbahn hat im Jahre 1914 für diesen Grund 126.000 Kronen bezahlt. Heute wird vorgeschlagen, dass nur 25.200 Schilling gezahlt werden sollen, während die 126.000 Friedenskronen einem Betrag von

176.400 Schilling gleichkommen. Die Gemeinde schlägt also Kapital aus diesem Grund und schädigt dadurch die Strassenbahn und die Bediensteten.

G.R. Lehninger (Chr. soz.) Der Grund ist ja schon verbaut! (Grosser Lärm bei den Christlichsozialen und Rufe: Das ist ein Skandal.)

Ein solcher Vorgang ist unmoralisch, weshalb die Minderheit gegen den Antrag stimmen wird.

G.R. Iser (Soz. dem.) sagt, dass vollständig korrekt vorgegangen worden ist. Der Grundpreis hat natürlich keineswegs die Goldparität erreicht, weshalb die Rechnung des Gemeinderates Haider vollständig falsch ist. Es ist auch komisch, wenn sich heute die Minderheit über diese Sache aufregt. Es wäre besser gewesen, wenn die Christlichsozialen auf diesem Grundstück, das Widmungsgemäss für Bedienstetenwohnhäuser der Strassenbahn bestimmt war, diese Häuser gebaut hätten. Nun hat die sozialdemokratische Verwaltung diese Häuser gebaut und die Strassenbahner sind dort endlich zu Wohnungen gekommen. Daraus der Gemeinde einen Vorwurf zu machen, sei ganz unverständlich. (Beifall)

Gr. R. Haider erklärt, dass man die 126.000 Friedenskronen mit 14,400 multiplizieren müsse, um den wirklichen Wert des Grundes zu erhalten. Dann ergäbe sich eine Summe von 176.400 Schilling.

G.R. Kohl erwidert, dass nach den fachmännischen Gutachten der Wert dieses Grundes nicht das Vierzehntausendvierhundertfache, sondern nur das Eintausendfünfhundertzweiunddreissigfache betrage. Es wäre besser, wenn die Christlichsozialen sich mehr um die armen Kriegsanleihebesitzer kümmern würden, die auch keine Aufwertung ihrer Spargroschen bekommen haben. (Die Christlichsozialen rufen: Das ist ein lächerlicher Vergleich!)

Dem Grundkauf wird zugestimmt.

G.R. Witzmann (Soz. dem.) berichtet über einen Grundtausch im XI. Bezirk mit der Firma Teerag A.G. Er stellt einen diesbezüglichen Antrag, der ohne Debatte angenommen wird.

G.R. Richter beantragt die Bewilligung eines Zuschusskredites von 100.000 Schilling für die Ausgabenrubrik "Sonstiges", aus welchem die Kosten für Empfänge im Rathause, Widmungen und dergleichen bedeckt werden.

G.R. Angermayer (Chr. soz.) hat gegen diesen Antrag nichts einzuwenden, weil die Christlichsozialen Empfänge und Repräsentationen für notwendig halten. Nur die Art und Weise wie die herrschende Mehrheit dabei verfähre könne die Opposition nicht kritiklos hinnehmen. Früher musste bei jedem Empfang die Bewilligung des Stadtsenats eingeholt werden. Heute wissen wir gar nichts, wer empfangen wird und wieviel für jeden Empfang ausgegeben wird. Schon gelegentlich der Budgetdebatte verlangten wir die Vorlage eines Ausweises. Redner beantragt es sei künftighin regelmässig in jedem Halbjahr ein Ausweis über die in der Post "Sonstiges" verausgabten Beträge nach den verschiedenen Anlässen geordnet, dem Finanzausschuss vorzulegen. Zweitens ist künftighin für jeden Empfang die Genehmigung vom Stadtsenate einzuholen und die notwendigen Geldmittel fallweise zu bewilligen.



Bürgermeister Seitz bemerkt, dass die Art der Vorredners ihn zu einer Erwiderung veranlassen. Im Rathaus gebe es zwei Arten von Empfängen. Der eine ist die sogenannte Sprechstunde einmal in jeder Woche, die von 10 Uhr bis 16 Uhr dauert. Sie ist für jedermann zugänglich, der das Bedürfnis hat mit dem Bürgermeister zu sprechen. Um die einzelnen Unterredungen abzukürzen, werden manche der Deputationen und Privatbesuche stehend empfangen, andere wieder eingeladen Platz zu nehmen. Nun haben sich in der letzten Zeit Personen wiederholt beschwert, dass sie beim Bürgermeister nicht vorkommen konnten. Daran trägt das Büro keine Schuld, denn wenn alle Menschen vorgelassen würden, die eine Unterredung mit dem Bürgermeister wünschen, müsste der Tag 48 Stunden haben. Man muss bedenken, dass viele Besuche Angelegenheiten vorbringen, die der Bürgermeister gar nicht erledigen kann, weil er ja in einzelnen Fällen sonst Protektion üben müsste. Da kommen Leute wegen eines Marktstandes, hunderte Wohnungsbewerber, Menschen die Anstellungen und <sup>Fürsorgeunterstützungen</sup> erlangen möchten. Es ist doch ganz unmöglich, dass der Bürgermeister der betreffenden Magistratsstelle auf Grund einer persönlichen Unterredung vorgreift. Eben aus diesem Grunde wird solchen Besuchern häufig die Antwort von einem Beamten gegeben, dass der Bürgermeister in dieser Sache keinen Einfluss üben dürfe.

Ich muss von dieser Stelle aus ganz offen sagen, dass es weit zweckmässiger wäre, wenn einzelne Personen, die mit Magistratischen Stellen zu tun haben, sich direkt mit diesen Stellen ins Einverständnis setzen würden, statt über den Bürgermeister oder die amtsführenden Stadträte einen Umweg zu machen, weil das die reine Zeitvergeudung ist. Nun haben wir auch andere Empfänge im Rathaus, Teeabende, Abendessen, die die Stadt Wien auswärtigen Gästen gibt. Die Stadt Wien ist heutzutage nicht mehr der Mittelpunkt eines grossen Reiches, sondern einzig und allein darauf angewiesen als Industrie- und Handelsstadt zu gelten, die das grösste Augenmerk dem Fremdenverkehr zuwenden muss. Wenn ich durch einen Beschluss des Gemeinderates beauftragt werde, keine Empfänge zu halten, wird mich der Gemeinderat einer schweren Verpflichtung entheben und es mir ermöglichen einen grossen Teil der Zeit anderen Aufgaben zu widmen. Aber ich glaube nicht, dass der Gemeinderat einen solchen Beschluss fassen wird. Der Bürgermeister betont, dass er bei allen Empfängen seiner Amtspflicht getreu vorgehe und durchaus unparteiisch seine Repräsentationspflichten übe, niemand könne ihm sagen, dass er einen Empfang, der sachlich notwendig ist abgelehnt habe. Immer höre man, es müsse getrachtet werden, in Wien Kongresse zu halten, den Fremdenverkehr vom Rathause zu fördern. Auf die Anregung Angermayers könnte man eingehen, wenn auch nicht ohne Bedenken. Der Antragsteller möge sich an die Majorität im Nationalrat wenden und ihr seinen Vorschlag unterbreiten, wenn er dort Anklang findet, werden auch wir uns anschliessen. Auf einen Zwischenruf des Gemeinderates Angermayer bemerkt der Bürgermeister: Was täten Sie heute, wenn Sie gelesen hätten, dass ich einen Milliardenbetrag aus der Gemeindekasse ohne Berechtigung entnommen habe, um diesen Betrag einem anderen zu geben. Ich möchte wissen was Sie sagten, wenn wir hier vom Gemeinderate auch nur in den Sparkassenausschuss die Opposition ausschliessen würden. Sie haben ein österreichisches Kreditinstitut, das Ihre Regierung verwaltet und es sitzt nicht ein Oppositioneller Vertreter drinn. Den Antrag Angermayer halte ich für heute noch nicht spruchreif, aber einer Erwägung würdig, an dem Tage, wo beim Bund ähnlich verfahren werden würde. Bezüglich des zweiten Antrages ist zu bemerken, dass über jeden einzelnen Empfang im Stadtse-nate gesprochen wird. Im Uebrigen wäre es nützlich in dieser schweren Zeit Debatten dieser Art zu ersparen. Wir haben jetzt so schwere Sorgen, dass wir uns wirklich mit anderen nützlichere und wichtigeren Gegenständen befassen sollen.



Vierter Bogen

G.R.Kunschak bemerkt, es falle der Opposition gar nicht ein, gegen die Repräsentationspflichten des Bürgermeisters Stellung zu nehmen. Sie wollen nur, dass der früher geübte Usus, den auch Bürgermeister Reumann eingehalten habe, unter dem Bürgermeister Seitz weiter befolgt werde, dass nämlich dem Stadtsenat von jedem einzelnen Empfang Mitteilung gemacht wird. Wenn der Bürgermeister diesen Usus nicht wolle, so könne er sich ja einen Repräsentationsfond bewilligen lassen, über dessen genaue Verwendung er dann keine Rechenschaft zu geben brauche. (Bürgermeister Seitz: Nein, darauf verzichte ich.)

Der Bürgermeister hat gesagt, dass Gemeinderat Angermayer diese Dinge beim Bund durchsetzen soll. Der Gemeinderat macht doth seine eigene Politik und wir brauchen uns nicht zum Nationalrat schicken lassen. Das ist keine Gemeindepolitik. Die Regierung hat bei der Zentralbank helfen müssen und ich berufe mich hier auf Aesserungen Ihrer Leute und Ihrer Zeitungen, aus denen hervorging, dass die Regierung so handeln musste.

G.R.Müller (Chr. soz.): Sogar das Erpresserblatt selber!

G.R.Kunschak: Wenn die Regierung den tauben Michel gespielt hätte, was würden Sie da gesagt haben. Wenn die Regierung das nicht verhindert hätte, dann hätten Sie sie mit Schimpf beladen. Die Regierung musste eingreifen und wenn ausserhalb Wiens ein Grossfeuer ausbricht, so wird der Bürgermeister auch nicht erst den Gemeinderat zusammenberufen, um sich die Erlaubnis zum Ausrücken der Feuerwehr zu holen.

G.R.Hofbauer (Soz. dem.): Wenn aber die Häuser angezündet worden sind! (Grosser Lärm bei den Christlichsozialen.)

G.R.Kunschak: Das was in diesem Falle geschehen ist, dass ist die verächtlichste und verwerflichste Brandstiftung. (Stürmischer Beifall bei den Christlichsozialen.) Das ist nur bei uns möglich, weil wir eine Pressfreiheit haben, die bis zum Blödsinn gesteigert ist. Ich frage den Bürgermeister, ob es das erste Mal ist, dass der Finanzminister Gelder für ähnliche Zwecke verwendet hat. Die Arbeitslosenversicherung ist mit zweihundert Millarden passiv.

G.E.Scherach (Soz. dem.): Im Gesetz steht, dass Vorschüsse gegeben werden müssen.

G.R.Kunschak: Es ist fraglich, ob der Bund diese Gelder wiederzürück bekommen wird. Das sind eben Zwangslagen

G.R.Iser (Soz. dem.): Die vorher geschaffen werden!

G.R.Kunschak: Seit Monaten liegt im Nationalrat ein Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeitslosenversicherung, der aber von Ihnen sabotiert wird. An die Dinge rund um das Arsenal herum wird man auch noch erinnern dürfen. Die Billionenwerte des Arsenal sind dem Bund total verloren gegangen.

G.R.Bermann (Soz. dem.): Reden Sie von Wöllersdorf!

G.R.Kunschak: Es scheint, dass der Bund nur dort eingreifen soll, wo es Ihnen angenehm ist. Wenn der Bürgermeister glaubt, dass das Vorgehen des Finanzministers nicht in Ordnung ist, dann soll die Ministeranklage erhoben werden.

Bürgermeister Seitz: Malen Sie den Teufel nicht an die Wand!

G.R.Kunschak: Sagen Sie das in aller Öffentlichkeit und tragen Sie für diesen Schritt die volle Verantwortung. Dann möge das Rad so laufen, wie es läuft, aber dann lassen wir Ihnen die volle Verantwortung überlassen. (Grosser Beifall bei den Christlichsozialen.)



Bürgermeister Seitz: Die Empfänge werden immer einvernehmlich mit der Minderheit veranstaltet. Was die Äusserungen des Gemeinderates Kunschak bezüglich der analogen Behandlung von Fragen im Gemeinderat und im Nationalrat anlangt, so muss gesagt werden, dass es da nicht darauf ankommt, ob jemand Mitglied des Nationalrates ist, sondern dass darüber die Partei entscheidet. Es wurde auch über die Ursachen des Zusammenbruches der Zentralbank gesprochen und damit ein Spätabendblatt im Zusammenhang gebracht. Das betreffende Spätabendblatt ist kein Organ unserer Partei. Ich gebe zu, dass es sich zum Unterschied von den anderen Zeitungen der verschiedensten Konfessionen, vielleicht dadurch abhebt, dass es für uns schreibt. Ich weiss, dass Sie Wert darauf legen, von den Blättern aller Konfessionen gepriesen zu werden und kann daher begreifen, dass wenn einmal ein Blatt in Wien ist, das nicht in der gehässigsten Weise über die Gemeindeverwaltung schreibt, es als sozialdemokratisches Blatt bezeichnen. Es gibt in Wien ein Blatt, das Ihr Organ ist, das ist die Reichspost. Herr Kunschak soll sich einmal selber in den Spiegel schauen und da wird er finden, dass dieses Blatt nicht immer so schreibt, wie er es haben möchte. Es ist daher nicht notwendig, dass Partei und Presse immer gemeinsam genannt werden. Da wird immer geredet von Brandstiftungen. Man möge darüber denken, wie man will, ob es zweckmässig ist, dass Alarmmeldungen über Kreditinstitute in die Presse kommen. Aber nehmen Sie an, es hätte ein weit verbreitetes Blatt geschrieben: Die Wiener Zentralsparkasse ist bankrott! Glauben Sie, dass jemand dann die Einlagen behoben hätte? Wenn das Institut solid ist, dann hält es auch solchen Alarmnachrichten stand. Aber das Primäre ist ja nicht die Notiz, sondern die Schweinerei, die in solchen Instituten herrscht. (Beifall). Es sind doch Ihre Institutionen, die um ihr Geld anvertrauen und Ihre Leute sind es, die sagen, wen soll man denn trauen, wenn man dem Breitner nicht mehr trauen kann. Jeder Mensch in Oesterreich weiss, dass die Wiener Gemeindeparkasse sicher ist. G

G.R. Uebelhör (Chr. soz.): Das war früher auch!

Bürgermeister Seitz: Sie haben recht. Dieser Zustand ist erst seit der Verlotterung des politischen Lebens in Oesterreich eingetreten, seitdem derartige Geldinstitute von Politikern benützt werden, seit dem die gute alte Tradition aus der bürgerlichen Partei verschwunden ist. Hier hätte der alte Lueger ganz anders Ordnung gemacht. Da wäre es ganz unmöglich gewesen, dass für die Bauernbank, die Gewerbe- und Industriebank u. s. w., die Zentralbank der Deutschen Sparkassen einspringen hätte müssen. Ich teile die Art des Eingreifens, wie sie von der Regierung bei der Zentralbank vorgenommen worden ist, nicht. Ich glaube, dass da viel Geld unnütz ausgegeben wurde. Wenn die Regierung auf ihre Ehre etwas hält, dann muss sie zustimmen, dass der parlamentarische Untersuchungsausschuss eingesetzt wird. Die Regierung hätte Gelegenheit gehabt, zum Obersten Rechnungshof zu gehen. Das ist ihre Pflicht, die ihr das Gesetz auferlegt. Sie hat es nicht getan und daher absolut verfassungswidrig gehandelt. Wenn die Gemeinde mehr ausgibt als im Voranschlag vorgeesehen ist, dann muss der Gemeinderat einen Nachtragskredit bewilligen. Wenn aber Breitner gesagt hätte, der Wiener Konsumverein ist in Not und die Gemeinde wird eine Hilfsaktion durchführen und Breitner hätte in die städtische Hauptkasse gegriffen und einige Milliarden diesem Verein gegeben, so hätte ich dem Stadtrat

Breitner gesagt, sie sind ein Dieb, entfernen Sie sich! Das hat aber die Oesterreichische Regierung getan. Es gibt für die Regierung nur einen Ausweg und das ist der parlamentarische Untersuchungsausschuss. Wenn Sie das nicht machen wollen, dann werden Sie es eben zu verantworten haben. Wir werden in der Gemeinde, was die Finanzverwaltung anlangt immer streng vorgehen und nicht einen Groschen zu einem unnützen Zweck verwenden. (Stürmischer Beifall.)

G.R. Kunschak: Ich stelle fest, dass ich nicht so naiv bin, als ob ich nicht wüsste, dass es sich bei den Massnahmen für die Zentralbank um keine Budgetpost handelt. Da handelt es sich doch um eine währungspolitische Massnahme. Ein Stoss in unsere Währungspolitik wäre eine Katastrophe, die auch die Stadt Wien schwer treffen würde. Hier eingzugreifen ist weder Pflicht noch Recht der Gemeinde, sondern die Pflicht des Bundes. Die Regierung hat mehr getan, als den Rechnungshof befragt; sie hat sich an das Parlament gewendet.

Bürgermeister Seitz: Erkundigen Sie sich beim Finanzminister, wieviel er vorher ausgegeben hat?

G.R. Kunschak: Er musste soviel ausgeben, um die Kalamität zum Stillstand zu bringen.

Bürgermeister Seitz: Identifizieren Sie sich nicht!

G.R. Kunschak: Ich würde mich nicht trauen, in dieser Frage Giftmischerei zu betreiben.

Bürgermeister Seitz: Ich kann Ihnen nur sagen, Sie sollten sich als Mann aus dem Arbeiterstande damit nicht identifizieren.

G.R. Kunschak: Ich identifiziere mich nicht nach der einen oder der anderen Seite, weil wir in der Frage noch zu wenig klar sehen, um wirklich ein offenes Urteil abgeben zu können. Das ist wie eine Lawine über uns gekommen und da fragt man nur, was geschehen muss, um Rettung zu bringen. Die Regierung hat sich sofort an den Nationalrat gewendet, weil sie die Sache im Gesetzweg ordnen will. Ein Fehler liegt vor: Die Regierung hätte sich mit der Minderheit in Verbindung setzen können. Tatsache ist aber, dass die Opposition erklärt, in keiner wie immer gearteten Weise mit der Regierung zu verkehren und es ist traurig, dass diese Geschichte gerade in dieser Zeit gekommen ist, das ist eine Sache die ich sehr bedauere. Die Verlotterung der politischen Moral ist auf die Verlotterung der Moral überhaupt zurückzuführen. Vieles ist auch auf die missverstandene Demokratie zu buchen. Jeder hat es damals gänzlich verstanden den Konsum zu organisieren und auch Ihnen sind damals viele Schwierigkeiten entstanden. Aus dieser Mentalität ist ja auch die Bauernbank entstanden, die sich von den jüdischen Banken befreien wollte.

G.R. Schorsch (Soz. dem.): Bis sie den Sami Bronner gekriegt hat. (Heiterkeit)

G.R. Kunschak: Das ist ein Stück Revolutionsschutz das weggeräumt werden muss. Daraus politisches Kapital zu schlagen und die Sache so darzustellen, dass es sich um Erscheinungen im bürgerlichen Lager handelt, das ist ganz unzulässig. Es muss also dieser revolutionäre Schutz beseitigt werden und er wird beseitigt werden.



StR. Tandler beantragt die Bewilligung von Zuschusskrediten in der Höhe von 140.000 S und 105.000 S für Geld- und Sachaushilfen durch die Fürsorgeinstitute und durch den Magistrat in besonderen Fällen.

Der Antrag wird, nachdem GR. Doppler (christ. soz.) Beschwerden über die Aktenerledigung in den Fürsorgeinstituten vorgebracht und der Referent Abhilfe versprochen hat, angenommen.

Desgleichen wird einem Antrage desselben Referenten auf Bewilligung eines Zuschusskredites von 62.130 S für Wegherstellungen auf den Gemeindefriedhöfen zugestimmt.

Dem Antrage des GR. Untermüller über die Vorgänge bei den Wahlen in den Gehilfenausschuss des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft wird, nachdem der Antragsteller gesprochen, die Dringlichkeit nicht zuerkannt. (Lebhafter Widerspruch bei der Opposition).

Dem zweiten Dringlichkeitsantrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wegen der im städtischen Lagerhaus vorgenommenen Färbung von Erbsen, wird die Dringlichkeit zuerkannt.

G.R. Doppler erklärt, dass diese Angriffe in der Deutschösterreichischen Tageszeitung erschienen sind und vom Magistrat widerlegt wurden. Es sei aber dann abermals von dieser Zeitung eine Notiz mit neuen Angriffen veröffentlicht worden, die bis heute nicht berichtigt wurde.

St-R. Kokrda teilt mit, dass es sich keineswegs um eine Ware handelt, die von der Gemeinde verkauft wird, sondern um das Eigentum von Händlern, die diese Erbsen im Lagerhaus bearbeiten lassen. Der Arbeitsvorgang ist gesundheitlich einwandfrei und wurde immer geübt.

Damit ist die Debatte geschlossen.

Bürgermeister Seitz: teilt nun mit, dass einvernehmlich mit den Parteien der Gemeinderat die Sommerferien beginne.

Der Bürgermeister wünscht allen Mitgliedern des Gemeinderates angenehme Ferien und schliesst die Sitzung um 11 Uhr nachts.